Lesen, wie es wirklich ist!

der Schweizerischen Volkspartei • www.svp.ch • Ausgabe September 2019



Das Erfolgsmodell Schweiz

Interview mit alt Bundesrat Christoph Blocher



Masseneinwanderung

Arbeit muss sich wieder lohnen!



Kanton Uri

Alles Wissenswerte zu den Nationalratswahlen





Für eine freie und sichere Schweiz

Unabhängigkeit, Wohlstand und persönliche Freiheit, aber auch Sicherheit müssen immer wieder neu erkämpft werden. Nur so können wir unsere schöne und einmalige Schweiz mit ihren Werten und Tugenden erhalten. Es ist naheliegend, dass viele am Wohlstand der Schweiz teilhaben wollen. Auch die zentralistische EU. Wer jedoch will, dass die Schweiz Schweiz bleibt, geht am 20. Oktober an die Urne und wählt SVP.

Die Konsequenzen der ungesteuerten Massen-Zuwanderung von einer Million mehr Menschen in den letzten 13 Jahren sind für unsere Bürgerinnen und Bürger täglich spürbar: Staus auf den Strassen, herumlungernde, betrunkene und gewalttätige Asylsuchende und jugendliche Migranten sowie verbaute Grünflächen, steigende Gesundheits- und Sozialhilfekosten. Respektlosigkeit und Gewaltandrohung gegenüber Polizisten, Lehrerinnen, Pflegefachfrauen, Sozialarbeiterinnen und jungen Frauen im Ausgang sind an der Tagesordnung. Verunsicherung wird aber auch ausgelöst durch die Sorge um den Arbeitsplatz, den Lohn und die Zukunft unserer Kinder.

Für eine sichere und freie Zukunft des Landes braucht es deshalb mehr SVP in Parlament und Bundesrat. Entsprechend wichtig sind die National- und Ständeratswahlen 2019. Mit dem Slogan «Frei und sicher» bringt die SVP ihr Programm auf den Punkt: die Stärkung der Identität der Willensnation Schweiz. Wir setzen uns für unsere Heimat ein. Wir halten

Wort und versprechen der Schweiz keine Unterwerfung unter die EU. Nur die SVP setzt sich für die Steuerung der Zuwanderung ein sowie für die Stärkung des arbeitenden Mittelstands durch tiefe Steuern, Abgaben und Gebühren und weniger Vorschriften. Um dies zu erreichen, muss die SVP die mit Abstand stärkste Partei bleiben.



Haben Sie Fragen zu den Wahlen?

Ab dem 13. September bis am 20. Oktober können Sie sich kostenlos über die National- und Ständeratswahlen 2019 informieren.

Gratis-Hotline: 0800 0 1291 0

Täglich von 09.00 bis 18.00 Uhr sind wir für Sie da.

Fragen per Mail: wahlen@svp.ch

Kommentar

Sie entscheiden!

Bereitet Ihnen der Ausverkauf des Erfolgsmodells Schweiz und unserer Heimat Sorge? Haben Sie genug von der grenzenlosen Einwanderung, von den vielen Asylanten, die in der Schweiz nur ein angenehmeres Leben suchen, oder von der ausufernden Kriminalität? Die Medien verschweigen, wie es wirklich ist. Wahr ist, dass die unkontrollierte Zuwanderung unsere Gesellschaft dramatisch verändert. Integration ist kaum



Albert Rösti Präsident SVP Schweiz

mehr möglich. Spannungen zwischen Zuwanderern und Einheimischen nehmen zu. In den Schulen ist es bei all den fremdsprachigen Schülern schwierig, Lernziele zu erreichen.

Die SVP will das stoppen und die Zuwanderung beschränken. Alle anderen Parteien und Verbände inklusive Gewerkschaften werden einer EU-Teil-

Fortsetzung auf Seite 2

Kommentar

Fortsetzung von Seite 1

mitgliedschaft der Schweiz zustimmen und damit unsere Unabhängigkeit und Selbstbestimmung aufgeben - auch bei der Zuwande-

Oder haben Sie genug, weil die in Bern sowieso machen, was sie wollen? Sie können das alles ändern. Sie können am 20. Oktober 2019 mit Ihrer Stimme dazu beitragen, dass sich die Mehrheitsverhältnisse verschieben und Ihre Anliegen in ausländer- und europapolitischen Fragen endlich umgesetzt werden.

Der 20. Oktober 2019 ist eine Richtungswahl. Dann entscheiden wir Schweizerinnen und Schweizer über die Zukunft unseres Landes - und das nicht nur für die nächsten vier Jahre. Sie entscheiden! Wenn Sie ein klares Zeichen gegen die masslose Zuwanderung setzen wollen, wenn Sie keine stärkere Anbindung der Schweiz an die EU wollen, wenn Sie wollen, dass die Schweiz ein selbstbestimmtes, sicheres und freies Land bleibt, dann wählen Sie am 20. Oktober SVP.



Albert Rösti, Präsident SVP Schweiz

Was ist die wichtigste Herausforderung für die Schweiz in den nächsten Jahren?

Ueli Maurer: Wir hatten jetzt wirtschaftlich eine sehr gute Zeit. Da wird man etwas sorglos. Viele haben das Gefühl, es sei Geld für alles da. Das Gleiche gilt für die Regulierung. Wenn es gut läuft, glaubt man, man könne den Unternehmen beliebig Vorschriften machen und Lasten aufbürden. Die grosse Herausforderung ist, dieser Versuchung zu widerstehen. Wenn wir mit unserem Geld verantwortungsvoll

≪ Viele haben das Gefühl, es sei Geld für alles da.

umgehen und unseren Leuten und Unternehmen nicht ständig neue Vorschriften machen, dann kommt es gut!

Guy Parmelin: Die Schweiz muss wirtschaftlich konkurrenzfähig bleiben, damit der Wohlstand der Bürgerinnen und Bürger erhalten bleibt.

Unsere Bundesräte zur Zukunft der Schweiz



Guy Parmelin

Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)

Ehemaliger Landwirt und Winzer

Dazu müssen sich die Unternehmen jeglicher Grösse und Ausprägung entfalten können. Das heisst möglichst wenig administrative Belastungen und möglichst viel unternehmerischer Freiraum. Das bedeutet aber auch, Sorge zu tragen zu einer guten Berufsbildung, um für die stetigen Veränderungen im Arbeitsmarkt gerüstet zu



Ueli Maurer

Bundespräsident, Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD)

Ehemaliger Geschäftsführer Zürcher Bauernverband

Sie kommen mit vielen Leuten in Kontakt, wo drückt der Schuh am meisten?

Ueli Maurer: Viele haben den Eindruck, dass sie langsam und schleichend ihre Heimat verlieren, dass sie im eigenen Land nicht mehr richtig zu Hause sind, dass in Frage gestellt wird, was ihnen wichtig ist. Und ich höre immer wieder: «Aber

denen in Bern ist das egal.» Das sorgt für Frustration; man fühlt sich ignoriert oder sogar als «Rassist» in die Extremisten-Ecke gestellt. Wir müssen wieder offen über Probleme reden können, sonst steht die Glaubwürdigkeit der Politik auf dem

Guy Parmelin: Viele Menschen beklagen sich, dass ihnen, trotz enormen Anstrengungen im Beruf nicht mehr im Portemonnaie bleibt. Das relativ schwache Produktivitätswachstum und zusätzliche Belastungen, die das Leben verteuern, bereiten den Leuten Sorge. Hier müssen wir

≪ Zusätzliche Belastungen, die das Leben verteuern, bereiten den Leuten Sorge. >>

ansetzen und bei unseren politischen Entscheiden vorab die Lebensqualität der Menschen im Auge behalten.

mit einer gelebten

mus. Für eine

delt und

e i n e m

seine

Frei und sicher.



Impressum:

EXTRABLATT | EXTRABLATT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage 3'059'604 | Herausgeber und Redaktion: SVP Schweiz, Generalsekretariat | Postfach | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | info@svp.ch | www.svp.ch | Gestaltung und Grafiken: GOAL AG für Werbung und Public Relations | Bildquellen: iStockphoto, Shutterstock, www.admin.ch, www.parlament.ch, SVP Schweiz | Druckerei: DZZ Druckzentrum Zürich AG.

Achtung: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um eine politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen verteilt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis

Freiheit und Sicherheit statt Gleichmacherei und Umverteilung

Von Thomas Aeschi, Nationalrat und Fraktionspräsident, Baar (ZG)

Wofür steht die Schweizerische Volkspartei? Für eine Schweiz in Sicherheit und Freiheit. Für eine selbstbestimmte, unabhängige und neutrale Schweiz direkten Demokratie und einem ausgeprägten Föderalis-Schweiz, in welcher jeder Bürger eigenverantwortlich handen Staat möglichst wenig beansprucht. Für eine Schweiz mit starken Mittelstand, der tagtäglich zur Arbeit fährt und Kinder selbst erzieht.



Doch was wollen die Sozialisten aller Parteien? Sie wollen einen noch grösseren und noch mächtigeren Staatsapparat, in dem die Beamten in Bern - es sind heute schon mehr als 35'000 - dem Bürger vorschreiben, wie er sein Leben zu gestalten hat. Und in dem Steuern, Abgaben und Gebühren immer noch weiter wachsen müssen, um für den immer noch grösseren Staatshaushalt aufzukommen. Sie wollen immer noch mehr Gleichmacherei und Umverteilung - dies auf Kosten des arbeitenden und steuerzahlenden Mittelstandes.

Das will die SVP nicht. Wir wollen, dass auch künftige Generationen in einer freien und selbstbestimmten Schweiz in Frieden und Wohlstand leben dürfen.

Bald noch weniger im Portemonnaie?

Hier erfahren Sie, wie der rot-grüne Raubzug auf Ihr Geld konkret aussieht:





Höhere Benzinpreise: Zusätzlich 12 Rappen pro Liter! Aufs Jahr hochgerechnet macht dieser Preisaufschlag für einen Familien-

und Pendlerhaushalt bei 20'000 km im Jahr und einem Verbrauch von ca. 9 Liter/100 km rund Fr. 270.- aus. plus Fr. 270.—



Zusätzliche CO₂-Abgaben für Heizöl: Die Umweltkommission des Ständerates hat beschlossen, die Öko-Abgabe pro Tonne CO₂ auf Fr. 210.- oder von 25 Rappen auf 54 Rappen pro Liter Heizöl zu verdoppeln! Das ergibt für einen Haushalt in einer Mietwohnung von 100 m² und einem durchschnittlichen Verbrauch von 21 l/m²/Jahr plus Fr. 1'134.einen Zuschlag von Fr. 1'134.-.



Flugticketabgabe von 30 bis 120 Franken pro Flug: Beispielflug nach London für eine vierköpfige Familie statt Fr. 400.- **neu Fr. 600.- bis 800.-!**

plus Fr. 400.—



Verbot von Ölheizungen: Die Umweltkommission des Ständerates hat beschlossen, dass bestehende Bauten nur noch massiv weniger Emissionen ausstossen dürfen. Das lässt sich praktisch nur mit einem Verbot von Ölheizungen erreichen. Die auf die Mieter abgewälzten Umrüstungskosten betragen im Durchschnitt Fr. 1'128.-! plus Fr. 1'128.—

«Das Erfolgsmodell der Schweiz heisst Weltoffenheit in Selbstbestimmung»

EU-Rahmenvertrag – Personenfreizügigkeit – Zukunft der Schweiz – Bedeutung der Nationalratswahlen - Greta Thunberg. EXTRABLATT sprach mit alt Bundesrat Christoph Blocher über die aktuellen Herausforderungen der Schweiz.

Warum geht es der Schweiz wirtschaftlich besser als anderen Ländern?

Weil die Schweiz einen Vorsprung an Freiheit, Sicherheit und Selbstverantwortung hat. Ihr Erfolgsmodell heisst Weltoffenheit in Selbstbestimmung. Darum ist die Schweiz nicht Mitglied der EU. Dieses Erfolgsmodell soll jetzt unterwandert oder sogar zerstört werden. Ich bin sehr besorgt!

Die Wirtschaft läuft und läuft, die Menschen haben Arbeit... und Sie sorgen sich um die Schweiz?

Menschen, Unternehmen und Länder ruinieren sich in guten Zeiten.

Die Schweiz exportiert doch viel ins Ausland. Muss sie da nicht globalisierter werden, sich der EU anpassen? Swatch-Chef Nick Hayek sagt es am deutlichsten: Die Schweiz müsse sich sicher nicht den Rahmenbedingungen

der EU anpassen. Die EU solle sich

denen der Schweiz annähern. Das

stimmt: Wir haben objektiv die besse-

Aber mit dem Rahmenvertrag müss-

ten wir ja nicht der EU beitreten, son-

Der Rahmenvertrag will, dass die EU

für die Schweiz die Gesetze erlässt -

auch gegen den Willen der Schweizer

Bürger. Wie weit müssen Politiker ge-

sunken sein, die einen solchen Unter-

werfungsvertrag wollen? Mit Aus-

nahme der SVP wollen dies alle

Vertrag unterzeichnen will, hat ent-

anderen Parteien!

ren Rahmenbedingungen.

dern nur an die EU andocken.

weder den Vertrag nicht gelesen oder verfolgt rücksichtslos eigene Geld- und Machtinteressen auf Kosten unseres Landes und unserer Wohlfahrt.

Nicht nur die Wirtschaftsverbände, auch Universitäten und Studenten sind für einen Rahmenvertrag.

Ja, ja. Diese wollten uns schon 1992 in die EU treiben. Jugendliche Visionsfreude in Ehren, aber Erfahrung und Vernunft zeigen hier einen anderen Weg. Das Volk hat zum Glück schon 1992 Nein zum EU-Beitritt gesagt.

Aber der Bundesrat sagt, ohne einen Rahmenvertrag werden wir in der EU diskriminiert werden.

Das ist dummes Zeug. Damit droht man uns seit 30 Jahren. Die EU exportiert mehr in die Schweiz als die Schweiz in die EU. Einen derart guten Kunden diskriminiert keiner.

> Sehen Sie das nicht alles zu schwarz?

Nein, mit diesem Unterwerfungsvertrag würde die EU nicht nur für die Schweiz die Gesetze machen. Im Streitfall würde auch der EU-Gerichtshof entscheiden. Wir Schweizer müssten uns zu fremdem Recht und zu fremden Richtern verpflichten. Wollen wir wirklich - auch gegen unseren Willen - dass beispielsweise unsere Ver-

kehrspolitik durch die EU bestimmt wird? Soll die EU unsere Landwirtschaftspolitik bestimmen? Oder darüber, dass jeder Einwanderer ein Anrecht auf die volle Sozialhilfe hat? Soll die EU bestimmen, wie wir unsere Kantonalbanken organisieren? Oder unsere Steuern? Wie viele Milliarden sollen wir – auch gegen unseren Willen – an die EU zahlen?

≪ Wie weit müssen Politiker gesunken sein, die einen solchen Unterwerfungsvertrag wollen? >>>

Kann sich die Schweiz dem überhaupt entziehen?

Sicher. Wenn die Schweiz will und es klar zum Ausdruck bringt, ist das einfach! Die Schweiz hat schon viel härtere Zeiten überstanden, ohne sich aufzugeben.

Wie soll es mit der Schweiz ohne dieses Abkommen weitergehen?

Ganz einfach: Wie bisher den bewährten schweizerischen Weg gehen. Weltoffen sein - aber die Staatssäulen nicht preisgeben. Die schlechten Tage stehen bereits vor der Tür. Die Geschichte zeigt: Wir werden diese am besten überstehen, wenn wir uns treu bleiben!

Mit der Begrenzungsinitiative will die SVP die Personenfreizügigkeit beenden - die Gegner sagen, das schade der Wirtschaft.

Diese Initiative will endlich die exzessive Zuwanderung begrenzen. Die Zuwanderung soll eigenständig gesteuert werden, so wie es das Schweizer Volk und die Kantone beschlossen haben. Die rücksichtslose Classe politique hat Schweiz dank der unbeschränkten Personenfreizügigkeit und der verantwortungslosen Asylpolitik – sogar bei guter Wirtschaftslage - eine höhere Arbeitslosenquote als Deutschland! Jetzt wackelt die gute Wirtschaftssituation. Müssen wir warten, bis die Schweiz in der Arbeitslosigkeit versinkt? Ich finde, nein, wir sollten endlich handeln.

laisser aller» herrscht in der Asylpolitik. Die Bevölkerungszunahme der Schweiz seit 2007 beträgt eine Million mehr! Vom Dichtestress und der extensiven Bautätigkeit nicht zu reden!

Warum ist es so wichtig, dass die SVP die Wahlen gewinnt?

Wenn die SVP verliert, hat sie im Parlament weniger Sitze und damit wäre das Bollwerk gegen all den Unsinn, der in Bundesbern gegen unsere Freiheit und Sicherheit beschlossen wird, geschwächt. Dann werden in Bundesbern noch mehr Bürokratie, noch mehr Steuern, Abgaben und Gebühren und Verbote beschlossen. Das heisst: Den Menschen in der Schweiz wird es schlechter gehen - vor allem dem Mittelstand.



den Verfassungsauftrag jedoch machtbesoffen missachtet und sogar ins Gegenteil verkehrt. Die EU hat sich bisher geweigert, zu verhandeln. Das verlangt nun die Begrenzungsinitiative. Nur wenn die EU nicht Hand bietet, muss die Kündigung der Personenfreizügigkeit in Kauf genommen werden. Das schadet der Wirtschaft nicht. Die Berufsleute, die man in der Schweiz braucht, werden weiterhin kommen, das gilt auch für Grenzgänger. Da können wir von der Wirtschaft beruhigt

Aber die Schweiz braucht doch Fachkräfte aus dem Ausland - wie soll dies ohne Personenfreizügigkeit geregelt wer-

Wenn man die Fachkräfte in der Schweiz nicht findet, dann können sie kommen. Kurzarbeiter sind für eine beschränkte Zeit zugelassen. Das hat die Schweiz von 1971 bis 2007 mit grossem Erfolg getan. Dann hat die EU der Schweiz die Personenfreizügigkeit aufs Auge gedrückt. Man versprach den Schweizern, dass nicht mehr als 8'000 bis 10'000 Einwanderer pro Jahr kämen. Es kamen jedoch netto über 65'000 pro Jahr, und die Sozialkosten explodierten. Das selbe «laisser faire -

« Soll die EU bestimmen, dass jeder Einwanderer ein Anrecht auf die volle Sozialhilfe hat? >>>

Die Schwedin Greta Thunberg ist etwa im Alter Ihrer Enkel - was würden Sie der jungen Klimaaktivistin sagen, wenn Sie ihr begegneten?

«Guten Tag Frau Thunberg, schön, dass Sie sich für ein gutes Klima einsetzen. Sorgen wir für gute Luft, gesundes Wasser, gesunde Böden, aber ohne kopflose, sehr kostspielige, unverhältnismässige Massnahmen, die erst noch nichts nützen. Denn diese werden dazu führen, dass die Menschen sowohl Freiheit und Sicherheit verlieren und dabei verarmen!»

Und Wirtschaftsverbände, auch Manager, wollen den Vertrag unterzeich-Nicht mehr möglich sein soll dagegen all die missbräuchliche Zuwanderung, Ja, leider! Obwohl sie wissen, dass die zu Erwerbslosen und horrenden dieser Rahmenvertrag die Schweiz in Sozialkosten führt. Schon heute hat die die EU führt. Nein, wer einen solchen

Christoph Blocher – kurz & bündig

Geboren: 11. Oktober 1940 in Zürich, aufgewachsen in Laufen am Rheinfall – **Heimatort:** Meilen/ZH und Schattenhalb/BE, Ehrenbürger von Lü im Val Müstair – Wohnort: Herrliberg/ZH, verheiratet, 4 Kinder, 12 Enkelkinder – Ausbildung: 2 Jahre landwirtschaftliche Lehre in Ossingen/ZH, Jus-Studium in Zürich, Montpellier und Paris, Promotion zum Doktor beider Rechte – **Berufliche Karriere:** Eintritt in die Rechtsabteilung der EMS-Chemie nach Abschluss des Studiums, Direktionsvorsitzender der EMS-Chemie AG (ehemals Emser Werke), Übernahme der Aktienmehrheit der EMS-Chemie Holding AG, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der EMS-Chemie Holding AG, Medienunternehmer – **Militärische Laufbahn:** Oberst, ehemaliger Kdt Ls Rgt 41 – **Politischer Werdegang:** Mitbegründer des «Studentenrings» an der Universität Zürich, Mitglied des Gemeinderates Meilen, Kantonsrat, Präsident der SVP des Kantons Zürich, Nationalrat, Präsident der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS), Bundesrat und Vorsteher des Eidg. Justiz- und Polizeidepartementes, Präsident des Komitees gegen den schleichenden EU-Beitritt, 2018 Rücktritt von allen politischen Mandaten

Stoppt die EU-Trickser im Bundeshaus

Von Nationalrat und Ständeratskandidat Roger Köppel, Chefredaktor und Herausgeber der Weltwoche

Im Mikado-Spiel hat verloren, wer seine Stäbe als Erster bewegt. Im Kampf um den EU-Anbindungsvertrag hat offenbar verloren, wer sich vor den eidgenössischen Wahlen vom 20. Oktober festlegt. Das Thema wird von jenen Parteien, die das EU-Diktat wollen, grossräumig umgangen.



nicht davon reden. Doch sie stecken alle unter einer Decke: Economiesuisse, Arbeitgeberverband, FDP, CVP,

die Gewerkschaften werden - geködert mit einigen Zugeständnissen zum Schaden des freien Arbeitsmarktes – Ende Jahr ins befürwortende Lager wechseln.

Erfolgsmodell Schweiz gefährdet

Die Schweiz ist ein ursprünglich mausarmes Land. Nur dank ihrer Staatssäulen wurde der einzigartige Erfolg im Hinblick auf Wohlstand, Frieden und sozialen Ausgleich möglich. Die Säulen dieses Erfolgs heissen direkte Demokratie, Föderalismus und bewaffnete Neutralität. All dies wäre durch den Anbindungsvertrag mit der EU gefährdet. Die EU könnte bei der Personenfreizügigkeit, den Landwirtschafts- und Industrienormen, bei der Energieversorgung, ja selbst bei den Nord-Süd-Verkehrsachsen ihre Regeln durchsetzen.

Volksentscheide ade

Die Bürger als Chefs wären zur Seite geschoben. An ihre Stelle treten das EU-Recht und das EU-Gericht. Man wird uns vorgaukeln, wir dürften ja immer noch abstimmen, müssten einfach die «AusgleichsmassnahDas ist so zynisch, wie wenn den Auto-

men» von Brüssel in Kauf nehmen. Ausweisentzug, Gefängnisstrafe und

≪ Die EU-Anbindungskoalition scheut das

fahrern gesagt würde: «Ihr seid völlig frei, mit 180 Kilometern pro Stunde durch eine 30er-Zone zu rasen. Ihr nahmen von sofortigem, ewigem

Über all das müsste licht. Sie wollen das

Volk und die Kantone nach dem 20. Oktober überrum-

Wie ein Match Schweiz-Deutschland,

bei dem Deutschland die Regeln macht

Von Nationalrat Thomas Matter, Unternehmer

Was der EU als sogenanntes Rahmenabkommen mit der Schweiz vorschwebt, ist nichts anderes als ein Unterwerfungsvertrag – zum einseitigen Nutzen der EU. Kein anderer Staat dieser Welt würde so etwas eingehen.



Seit 700 Jahren kennt die Schweiz bilaterale Verträge. Das etwas hochtrabende Wort «bilateral» heisst ganz einfach: «zweiseitig», «zwei Seiten betreffend». Es handelt sich dabei um Abkommen mit allen Ländern, abgeschlossen zum gegenseitigen Nutzen beider Partner – auf Augenhöhe, zwischen zwei Gleichberechtigten. Das ist das Selbstverständlichste der Welt. Allein mit der EU kennt die Schweiz über 150 bilaterale Verträge.

Schweiz erstmals unmissverständlich

mit, dass sie diese Art von bila-**≪** Dieses Abkommen teralen Verträgen nicht mehr wäre das Ende, nicht die will. Brüssel verlangt statt der Rechtsent-

wicklung zwischen Gleichberechtigten neu einen «Rahmen» für alle bisherigen und sämtliche künftigen Abkommen, wonach die Schweiz die von der EU vorgegebenen Änderungen übernehmen muss. Das Resultat entsprechender

mehrjähriger Verhandlungen ist das jetzt vorliegende institutionelle Ab-

Dieses Abkommen wäre das Ende,

nicht die Fortsetzung des bilateraler Weges. Volk, Kantone und Parlament hätten in den wichtigsten Fragen unseres Landes nichts mehr zu sagen. Die Schweizer Bürgerinnen und Bürger wären als oberste Gesetzgeber in zentralen Teilen unserer Wirtschafts-, Sozial- und Aussenpolitik entmachtet. Wir müssten automatisch fremdes Recht übernehmen, fremde Richter akzeptieren, und bei missliebigen Abstimmungen dürfte uns die EU ganz

Es wäre wie ein Fussballspiel zwischen der Schweiz und Deutschland, bei dem die Deutschen die Regeln ma-Doch im Jahr 2008 teilte die EU der chen, diese während des Spiels einseitig ändern, den Schiedsrichter stellen

> Mannschaft ganz legal ins Fortsetzung des bilateralen

194 Staaten dieser Welt keinen einzigen, der sich durch einen ähnlichen «monolateralen» Unterwerfungsvertrag derart auf Gedeih und Verderben an ein anderes Staatsgebilde gebunden

Tageslicht.

müsst einfach die Ausgleichsmass-

man eigentlich vor Doch die EU-Anbindungskoalition scheut das Tages-

peln. Lassen Sie sich dieses Täuschen und Tricksen nicht gefallen! Wählen Sie nur Volksvertreter, die zu unseren

Der EU-Rahmenvertrag – Ein aufgezwungenes Korsett

Von Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher, Unternehmerin

Das vom Bundesrat mit der EU ausgehandelte Rahmenabkommen sei angeblich für die Schweiz massgeschneidert, sagen die, die es ausgehandelt haben. Das Gegenteil ist der Fall: Dieser Vertrag würde uns in jeder Hinsicht die Luft abschnüren.



tutionelle Abkommen mit der EU (InstA) passt uns nicht. Es ist gar nicht Schneider haben kein einziges Mal Korsett, das uns übergestülpt und auf- die Personenfreizügigkeit massiv ausgezwungen wird! Es zwängt uns geweitet, Aufenthaltsrecht und Fami-

sche Regelununserem Leben oder un-

verpflichten uns, EU-Recht zu übernehmen; wenn wir anders abstimmen, werden wir bestraft. Fremde Richter am Europäischen Gerichtshof ent-

Mit dem vorliegenden Vertrag wird

rung wird zu-

nehmen und

knappheit, stei-

≪ Mit dem vorliegenden Vertrag wird die Personenfreizügigkeit massiv ausgeweitet.

gende Mieten, überfüllte Strassen und Züge auch. Unsere Sozialwerke werden zu höheren Lohnabzügen und niedrigeren Leistungen gezwungen. scheiden. Das Schiedsgericht hat Die langjährige Sozialpartnerschaft nichts zu sagen. wird ersetzt.

Milliarden bezahlen

Mit dem europäischen Verbot staatlicher Beihilfen dürfen sich Kantone und Gemeinden nicht mehr wirtschaftlich engagieren ohne Genehmigung der EU. Das trifft die ersysteme: Anreize für Ansiedlungen, Wirtschaftshilfen, Steuervergünstigungen regionalpolitische

Unterstützungen in den Kantonen sind dann nicht mehr möglich. Eine europäische Mehrwertsteuer

fe. Bewährte Institutionen der Schweiz sind nicht mehr zugelassen: Wasserkraftwerke, Stromnetzanbieter, kantonale Gebäudeversicherungen, SUVA,

Kantonalbanken, Spitäler, aber auch in Sport, Kultur und Freizeit! Sogar unser erfolgreiches Ausbildungssystem wäre nicht mehr möglich. Und das «Beste» zum Schluss: Für all das müssten wir auch noch Milliarden an Franken zahlen! An heutige und zukünftige

EU-Programme und natürlich die Kohäsionsmilliarden!

Stimmrecht aufgeben

Nein! Dieses Korsett lassen wir uns nicht überstülpen! Der Rahmen vertrag stellt den Erfolg und die Selbstbestimmung der Schweiz auf den Kopf. Er nimmt dem Bürger die Stimmrechte weg. Das wollen wir nicht! Der Bundesrat muss den Vertrag entschieden zurückweisen!

Institutionelles Abkommen – Lesen Sie, was die EU wirklich will

Dieses Abkommen, auch EU-Rahmenvertrag genannt, ist auf dem Tisch. Alle – ausser der SVP – wollen es. Aber niemand – ausser der SVP – möchte vor den Nationalrats wahlen am 20. Oktober darüber reden. Verständlich! Denn, wer den Rahmenvertrag im Wortlaut

liest, merkt schnell: Der sogenannte Rahmenvertrag ist ein Unterwerfungsvertrag, der das Ende der direkten Demokratie sowie der Unab-

nängigkeit, der Freiheit und Selbstständigkeit der Schweiz bedeutet. CVP, BDP, FDP, Grüne, Grünliberale und SP sind bereit, unser Land zu verkaufen.

Klicken Sie in der Menüliste der Internetseite www.eu-no.ch auf «Kommentiertes Insta»)

Jetzt für die Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der Schweiz einstehen.

Der Kampf gegen das sogenannte EU-Rahmenabkommen, den geplanten Unterwerfungsvertrag, führt das überparteiliche Komitee «EU NO». Das Komitee gegen den schleichenden EU-Beitritt besteht aus zahlreichen namhaften Persönlichkeiten aus der ganzen Schweiz. Präsidiert wird das Komitee von Nationalrat und Weltwoche-Herausgeber Roger Köppel. Werden auch Sie noch heute Mitglied auf www.eu-no.ch oder füllen Sie den Beitrittstalon auf Seite 8 aus.

Werden Sie Mitglied im überparteilichen Komitee «EU NO»!

Mehr Geld für die AHV statt fürs Ausland

Von Nationalrat Marcel Dettling, Landwirt

Der Bund gibt immer mehr für das Ausland aus. Das will die SVP ändern und für die Schweizer die AHV-Renten sichern. Von den jährlich gegen 5 Milliarden Franken, die allein der Bund für die Asyl- und die Entwicklungshilfe ausgibt, soll mindestens eine Milliarde Franken pro Jahr in die AHV umgelagert werden. Ebenfalls ist die Kohäsionsmilliarde in die AHV statt an die EU zu zahlen.

Die Nettozuwanderung ist 2018 mit über 50'000 Personen – das ist einmal die Stadt Biel – immer noch sechsmal höher als der Bundesrat der Bevölkerung bei der Abstimmung zur Personenfreizügigkeit weismachen wollte. Der vom Volk verlangte Inländervorrang wurde von einer SP-FDP-Allianz in einen Ausländervorrang verkehrt. Dabei ist die Erwerbslosigkeit in der Schweiz mit 4,8 Prozent höher als in Deutschland.

Die Zuwanderung kostet die Schweiz Unsummen an Sozialbeiträgen, Integrationskosten und für den Ausbau der Infrastruktur. Gleichzeitig zahlt der Bund jährlich die riesige Summe von gegen 5 Milliarden Franken für das Asylwesen und die Entwicklungshilfe. Das ist mehr, als die Schweiz für die eigene Sicherheit ausgibt, und sogar fast zweimal das, was die Schweizer Landwirtschaft kostet. Dazu kommt noch die geplante Kohäsionsmilliarde für die EU. Die Schweiz leistet immer mehr für das Ausland

migranten aus aller Welt. Das ist inakzeptabel, und Gegenmass nahmen sind zwingend. Die Begrenzungsinitiative der SVP sorgt dafür, dass die Schweiz die Zuwanderung endlich entsprechend dem Volkswillen selber steuern kann. Es braucht aber auch neue Prioritäten bei der Verwendung der Bundesgelder. Von der Entwicklungs- und Asylhilfe soll mindestens eine Milliarde Franken pro Jahr in die AHV umgelagert werden. Ebenso sollen die 1,3 Milliarden Franken nicht an die EU bezahlt werden. Vielmehr soll das Geld den Menschen in der Schweiz zugutekommen – zur Sicherung der AHV-Renten des hart arbeitenden Mittel-

und für die Versorgung von Sozial-



Arbeit muss sich wieder lohnen

Von Nationalrätin Sandra Sollberger, Malermeisterin

Einst als Überbrückungshilfe in Notlagen gedacht, ist die Sozialhilfe heute für bestimmte Bevölkerungsgruppen, etwa für Personen aus dem Asylbereich, längst zum bedingungslosen Grundeinkommen geworden. Eine fatale Fehlentwicklung, die Arbeit unattraktiv macht und die die Schweizer Steuerzahler Milliarden kostet.

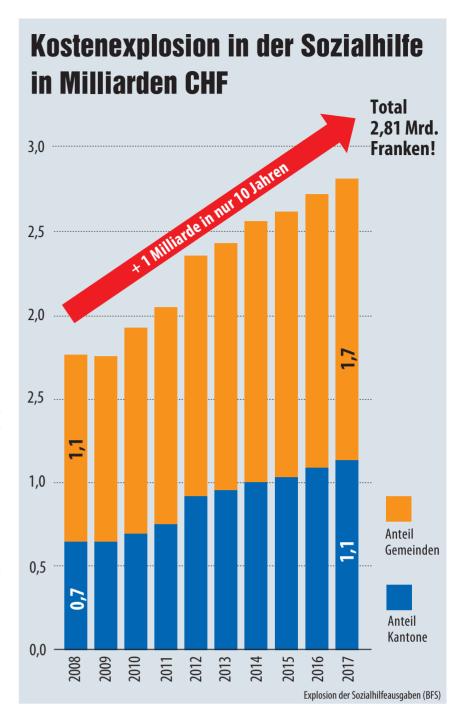


Wenn die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) verkündet, Kürzungen in der Sozialhilfe seien unmöglich und unmenschlich, dann ist das reine Sozialarbeiter-Propaganda. Gemäss SKOS-Richtlinien erhält ein Einpersonenhaushalt einen monatlichen Bargeld-Grundbedarf von 986 Franken, ein Vier-Personen-Haushalt erhält 2'110 Franken. Wie die Betroffenen dieses Geld ausgeben, steht ihnen frei.

Denn anders als die SKOS dies suggeriert, ist der Grundbedarf bei Weitem nicht alles, was Sozialhilfebezüger bekommen. So kommt beispielsweise eine vierköpfige Familie mit Miete, Krankenkassenprämien (KVG) und sogenannten situationsbedingten Leistungen (zum Beispiel Zahnarzt, Dentalhygiene, Kinderkrippe, Schulmaterial, ÖV-Abos etc.) auf Leistungen von monatlich über 5'000 Franken. Dies notabene steuerfrei

Wer den Unterhalt seiner Familie mit bezahlter Arbeit bestreiten will, der muss deutlich mehr verdienen, als er von der Sozialhilfe als steuerfreie Nettoleistung bekommt. Denn sonst lohnt sich Arbeit nicht. Es ist allerdings illusorisch, zu glauben, dass jemand mit ungenügender Ausbildung und ohne Arbeitserfahrung monatlich mehr als 6'000 Franken verdient.

Deshalb braucht es nicht mehr Geld für die Sozialhilfe, sondern mehr Anreize, zu arbeiten. Die Fleissigen und Motivierten sollen belohnt werden. Die Integrationsunwilligen und die Faulen hingegen sollen nur noch ein Minimum an Unterstützung erhalten. Öffentliche Sozialhilfe ist verbunden mit einer generellen Arbeitspflicht.



Kämpfen Sie mit uns für mehr Sicherheit

Von Nationalrat Walter Wobmann, Präsident Egerkinger Komitee



Die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» erhöht die Sicherheit. Sie setzt Saubannerzügen vermummter Vandalen und Chaoten, wie sie an Sportanlässen, Demonstrationen oder im Gefolge der 1.-Mai-Umzüge regelmässig vorkommen, endlich ein Ende.

Zudem schützt ein Verhüllungsverbot die in der Schweiz verbrieften Freiheitsrechte der Frauen. Dass Frauen ebenso wie Männer in der Öffentlichkeit ihr Angesicht jederzeit zeigen, ist auch ein Gebot elementarer Gleichberechtigung. Die Schweiz ist der Tradition der Freiheit verpflichtet. Freie Menschen – Frauen und Männer – blicken einander ins Gesicht, wenn sie miteinander sprechen. Niemand darf gezwungen werden, sein Gesicht zu verhüllen. Die Initiative wird im nächsten Jahr zur Abstimmung kommen. Wir zählen auf Ihre Unterstützung.



Frei und sicher.



SVP wählen!



Was will die Begrenzungs-Initiative der SVP?

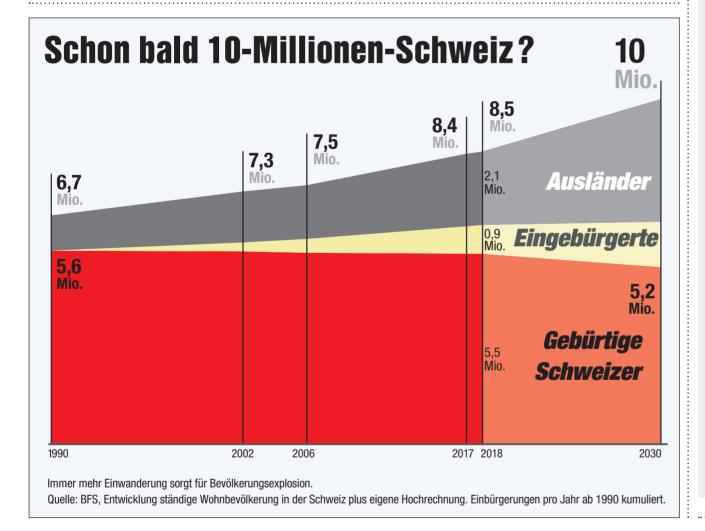
Die Begrenzungsinitiative will eine massvolle und eigenständige Steuerung der Zuwanderung. Sie kommt voraussichtlich im Mai 2020 zur Abstimmung. Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit im Jahr 2002 sind netto 1,1 Millionen Menschen in die Schweiz eingewandert. Und noch immer kommen jährlich 60'000 bis 80'000 Zuwanderer hinzu.

Dies mit weitreichenden Folgen für unser Land. Die Befürworter der Personenfreizügigkeit behaupten, diese sei zentral für die Wirtschaft. Das stimmt nur dann, wenn man die Wirtschaft isoliert betrachtet und die übrigen Kosten ausser Acht lässt - beispielsweise für die Sozialwerke, die Bildung, das Gesundheitswesen oder die Sicherheit. Und wenn man zudem darüber hinwegsieht, dass die Personenfreizügigkeit vor allem über 50-jährige Arbeitnehmer massiv unter Druck setzt, weil sie leicht durch jüngere und billigere Ausländer ersetzt werden können. Ein Problem, das der Bundesrat mit einem neuen Sozialwerk «Überbrückungsrente» lösen

Das Bedürfnis der Wirtschaft nach qualifizierten Arbeitskräften kann auch einseitig, aber kontrolliert von der Schweiz erfüllt werden. D.h. ohne Freizügigkeitsabkommen, aber entsprechend unserer Verfassung unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Situation und mit einem Inländervorrang, der die älteren Arbeitnehmer wirksam schützt.

Die Haltung der SVP ist klar: Diese gravierenden und teuren Folgen der Zuwanderung kann die Schweiz nur mit der eigenständigen Steuerung der Zuwanderung in den Griff bekommen. Dies ist heute wegen der Personenfreizügigkeit jedoch nicht möglich: Denn mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen zwischen der Schweiz und der EU haben 500 Millionen EU-Bürger einen Rechtsanspruch auf Zuwanderung in die Schweiz.

www.begrenzungsinitiative.ch



Meinung

Die Zerstörung des **Erfolgsmodells Schweiz?**

Christoffel Brändli über Zuwanderung und Umweltpolitik

In den letzten dreizehn Jahren hat die Bevölkerung der Schweiz durch die Zuwanderung um mehr als 1 Million Einwohner zugenommen. Mit Ausnahme der SVP wollen alle anderen Parteien weiterhin eine von der EU bestimmte Zuwanderung und gehen von einem Wachstum unserer Bevölkerung auf 10 Millionen aus.

Offenbar will man aus kurzfristigen Geschäftsinteressen diese Entwicklung und blendet deren Auswirkungen «grosszügig» aus. In der Tat laufen wir Gefahr, die Qualitäten unseres Wohlfahrtsstaates aufzugeben. Warum?

Das Bevölkerungswachstum sowie die wachsenden Bedürfnisse bedingen die Bereitstellung von 20-30% mehr Wohnraum. Das bedeutet entsprechenden Landverschleiss oder bei konzentrierter Bauweise die Entwicklung von Slums in unseren Agglomerationen. Bereits heute nehmen wir diese Entwicklung wahr ohne darauf zu reagieren. Haben Sie einmal überlegt, was es beispielsweise für die Stadt Chur bedeuten würde, 30% mehr Wohnungen zur Verfügung stellen zu müssen? Wo sind die Grünliberalen, die sich kürzlich noch für die Schonung unserer Kulturlandschaft stark machten?

Dabei ist nicht nur der Wohnraum das Problem. Ein bis zwei Millionen mehr Menschen belasten unsere bereits heute überforderten Verkehrsinfrastrukturen zusätzlich. Ein bis zwei Millionen mehr Menschen bedeuten mindestens 500'000 zusätzliche Autos oder einen nicht finanzierbaren Ausbau des öffentlichen Verkehrs.

Fürsorge, Krankenversicherung und andere mehr) werden noch unfinanzierbarer. Allein für die Finanzierung der zusätzlichen AHV-Renten müssten wir in Zukunft zwei bis drei Millionen neue Arbeitsplätze schaffen. Ein Ding der Unmöglichkeit im sich abzeich-

nenden Digitalzeitalter! 10-Millionen-Schweiz wird aber auch viel mehr Energie konsumieren. Woher diese beschafft werden soll, steht heute in den Sternen.

Auch unsere Gesellschaft ändert sich dramatisch. Eine Integration ist kaum mehr möglich. Spannungen zwischen Zuwanderern und Einheimischen nehmen zu. In den Schulen wird es aufgrund der heterogenen Zusammensetzung der Schüler immer schwieriger Lernziele zu erreichen. Statt eine Einheit der Bevölkerung zu bilden, verzetteln wir uns immer mehr in verschiedene Volksgruppen, die wohl hier leben, aber kaum mehr etwas miteinander zu tun haben.

Wie reagiert die Politik auf diese Entwicklungen? Man gründet eine Klimaallianz (was das auch immer heissen mag) und versucht von sich abzeichnenden Problemen mit der masslosen Zuwanderung abzulenken. Die Grossindustrie verdankt ihr diese Haltung, weil sie kurzfristig dank der Zuwanderung mehr Gewinne einheimsen kann.

Es ist an der Zeit, dass das Schweizer Volk aufwacht und seine Zukunft selbst in die Hand nimmt. Es ist fünf vor zwölf - das Rahmenabkommen mit der EU, mit dem wir uns der EU definitiv unterwerfen, steht kurz vor der Umsetzung. Da-Unsere Sozialeinrichtungen (AHV, mit hätte das Masslose Ihr Ziel erreicht: die endgültige Zerstörung des Erfolgsmodells Schweiz, das auf Selbstbestimmung, Bescheidenheit und Freiheit aufbaut.

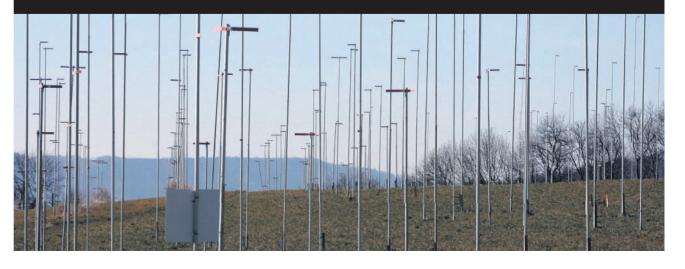
> Christoffel Brändli ist alt Regierungsrat und alt Ständerat. Er wohnt in Landquart (GR).

Der Umwelt zuliebe – Zuwanderung begrenzen

Das Resultat der ungesteuerten Massen-Zuwanderung: In den letzten 13 Jahren wanderte eine Million Menschen in die Schweiz ein. Ein Bevölkerungszuwachs, der unserer Umwelt, unserem Klima direkt schadet. Denn die Konsequenzen für unser Land durch diese masslose Zuwanderung sind gravierend: In den letzten 13 Jahren wurden Grünflächen im Umfang von 57'000 Fussballfeldern bebaut. Das sind 407 Millionen Quadratmeter Natur, die zubetoniert wurden. Dies unter an-

derem für 454'000 neue Wohnungen. Eine Million Zuwanderer bedeutet aber auch 543'000 Autos und 789 Busse mehr auf den Strassen sowie 9 Milliarden zusätzlich zurückgelegte Kilometer. Mit einer Million Zuwanderer verbraucht die Schweiz mindestens 2 Milliarden Kilowattstunden mehr Strom pro Jahr. Dies entspricht der Leistung von über 500 Gross-Windanlagen. Und schliesslich verbraucht eine Million Zuwanderer jährlich 59 Milliarden Liter Wasser.

Schweiz nicht weiter zubetonieren!





Fragen

– zu den Wahlunterlagen?

– zu den Wahlen?

Kostenlose kompetente Auskunft!

Ab dem 13. September bis am 20. Oktober können Sie sich kostenlos über die Nationalund Ständeratswahlen 2019 informieren. Wie wählt man richtig? Wie kann man seine Stimme zugunsten der Schweiz am besten geltend machen?

Wir sind von Montag bis Sonntag von 09.00 bis 18.00 Uhr für Sie da.



Gratis-Wahlhotline: 0800 0 1291 0 Mail: wahlen@svp.ch



la einer dunklen Kammer...

...kurz nach 21.00 Uhr trifft sich die Speerspitze der wählerstärksten Partei der Schweiz. Die wohl verrückteste Zeit im politischen Leben nimmt damit wieder ihren Anfang... Schauen Sie «Wahlkampf – Der Film» auf:

www.wahlkampfderfilm.ch



Grosses Wahl-Quiz www.svp.ch/wettbewerb Mitmachen und gewinnen!



Was bedeutet das geplante EU-Rahmenabkommen für die Schweiz?

Einverleibung der EU in die Schweiz = FA

Unterwerfung der Schweiz durch die EU = SV



Wie viele Einwanderer sind seit 2007 netto in die Schweiz gekommen?

□ rund 100'000

□ rund 1'000'000



Wen können Sie gratis anrufen, wenn Sie Fragen zum Ausfüllen Ihrer Wahlunterlagen haben?

Mike Shiva

☐ SVP-Gratis-Wahlhotline



Wie lautet der Wahlspruch der SVP für die eidgenössischen Wahlen am 20. Oktober?

«Freibier auf sicher»

«Frei und sicher»

EU-Beitritt steigen? ☐ Auf mindestens 10 %

Auf wie viel Prozent würde

die MwSt. in der Schweiz

(aktuell 7,7 %) bei einem

☐ Auf mindestens 15%



Wer hat's gesagt? «Dieses Abkommen wäre das Ende, nicht die "Fortsetzung" des bilateralen Weges?»

Thomas Matter, SVP-Nationalrat = N

Christa Markwalder, FDP-Nationalrätin = !

Machen Sie beim Wettbewerb online mit: www.svp.ch/wettbewerb

Die richtige Lösung lautet:













Kreuzen Sie die richtigen Antworten an, schreiben Sie die Buchstaben in der Reihenfolge der Fragen auf und schicken Sie die Lösung ein. Einsendeschluss: 20. Oktober 2019

1. – 5. Preis: Persönliche Einladung von alt Bundesrat Christoph Blocher zu sich nach Hause. Er führt Sie und eine Begleitperson Ihrer Wahl exklusiv durch seine private Bildersammlung der Künstler Anker und Hodler.

Die Gewinner werden Ende Oktober 2019 schriftlich benachrichtigt. Über den Wettbewerb wird keine Korrespondenz

geführt. Eine Barauszahlung ist nicht möglich. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Frei und sicher. So soll unsere Schweiz bleiben. Ich helfe mit!

Ich möchte Mitglied der SVP in meinem Wohnort bzw. Bezirk/Region werden.
Ich zahle einen jährlichen Mitgliederbeitrag und werde zu den Versammlungen und Veranstaltungen eingeladen.

Ich wäre gerne informiert über die laufenden Aktivitäten, Medienmitteilungen
und Artikel der SVP Schweiz. Bitte senden Sie mir ab sofort den Gratis-Newsletter
an die untenstehende F-Mail-Adresse

Bitte senden Sie mir kostenlos das Parteiprogramm der SVP Schweiz zu.

Ich bin bereit, mein Land, meine Scheune, meine Hausmauer für die Plakate
der SVP-Nationalratswahl-Kampagne zur Verfügung zu stellen.

Bitte schicken Sie mir:

A0-Allwetter-Plakate (fest) (A0 = 84,1 cm \times 118,9 cm)

A2-Papier-Plakate (A2 = 42 cm \times 59,4 cm)

Ich unterstütze die SVP-Nationalratswahl-Kampagne (Spenden können in begrenztem Umfang von den Kantons- und Bundessteuern abgezogen werden):

Franken auf das **PC 30-8828-5** der SVP Schweiz.

☐ Bitte senden Sie mir einen **Einzahlungsschein** der SVP Schweiz.

Ich willige ein, dass Sie meine Adresse für Werbung der SVP benutzen dürfen.

Ich möchte Mitglied des überparteilichen Komitees «Nein zum schleichenden EU-Beitritt» werden (Artikel dazu auf Seite 5).

Name/Vorname

Strasse

PLZ/Ort Telefon

E-Mail

Ausschneiden und in einem Couvert senden an:

SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern E-Mail: info@svp.ch, Telefon: 031 300 58 58, Fax: 031 300 58 59



Unterschrift

«Unsere Urner Wirtschaft braucht die besten Voraussetzungen»

Die SVP Uri hat sich zum Ziel gesetzt, im Herbst den Nationalratssitz von Beat Arnold zu verteidigen. Landrat Pascal Blöchlinger über seine Motivation, seine Ziele und seine Visionen:

Uri stehen bekanntlich ein Nationalrats- und zwei Ständeratssitze zu. Die drei Sitze werden durch die drei stärksten Parteien besetzt, die Ständeratssitze durch CVP und FDP, der Nationalratssitz durch die SVP. Dies soll auch so bleiben!

Nationalrat Beat Arnold (SVP) kann nach einer kurzen Amtsdauer von vier Jahren aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr antreten. Nationalrat Beat Arnold leistete gute Arbeit in Bern und hat sich für den Kanton intensiv eingesetzt. Diese Arbeit muss weitergeführt werden. Mit rund 23 % Wähleranteil ist die SVP Uri die drittstärkste Partei und hat somit den klaren Anspruch auf eine Vertretung in den nationalen Parlamenten.

Uri als kleiner Gebirgskanton braucht gute Kontakte und eine Vertretung in der grössten Fraktion in Bundesbern.

Wichtige Parlamentserfahrung

Seit 2012 bin ich im Urner Landrat und war bis 2016 Vizepräsident der SVP-Fraktion. Als Landrat bin ich Mitglied der Staatspolitischen Kommission und war von Juni 2016 bis Juni 2018 dessen Präsident.

Die Kommission ist das landrätliche Kontrollorgan über die Verwaltung und die Gerichte. Als Präsident einer Aufsichtskommission mit apolitischem Charakter konnte ich während dem «Fall Ignaz Walker» auch meine politisch neutralen Führungsqualitäten unter Beweis stellen, stets in enger Zusammenarbeit mit den übrigen Kommissionsmitgliedern.

Des Weiteren bin ich seit 2016 in der Ratsleitung des Landrats und wurde am 19. Juni einstimmig zum Landratspräsidenten gewählt. Auch in diesem Amt ist eine funktionierende Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinaus wichtig.

Seit 2013 bin ich Präsident der SVP Uri. Dank einer teamorientierten Führung gelang es, geeint wichtige Akzente in der Urner Politik zu setzen, wobei die SVP Uri auch in der Oppositionsrolle ohne Regierungsrat ihrer objektiven Politik treu blieb. Wegen der Wahl zum Landratspräsidenten habe ich am 23. Mai das Amt des Parteipräsidenten abgelegt.

Mit Zusammenarbeit zum Ziel

Die Sperrung der Axenstrasse ab August zeigt auf, wie lebensnotwendig eine sichere Erschliessung für die Urner Wirtschaft ist. Die Aussage eines Astra-Sprechers, wonach es kein Recht auf eine Zufahrtsstrasse gibt, zeigt das fehlende Verständnis von Bundesbern gegenüber der Urner Volkswirtschaft. Der Berner Politik ist nicht bewusst, wie empfindlich die wenigen Verkehrsverbindungen in und aus Uri und wie überlebenswichtig sie für unsere Wirtschaft sind. Als Mitinhaber und Verwaltungsrat eines

familieneigenen Recycling- und Baustoffunternehmens kenne ich die Herausforderungen, welche den Firmen gestellt werden, sehr gut. Für einen funktionierenden Wirtschaftsstandort Uri ist eine sichere und zuverlässige Anbindung an die umliegenden Wirtschaftsräume essentiell. Damit nebst

«Ich kandidiere alsNationalrat, weil mir die parlamentarische Politik für Uri und die Schweiz Freude macht.»

dem Projekt «Neue Axenstrasse» zwischen Sisikon und Brunnen auch die Strecke Flüelen–Sisikon sicher für Mensch und Wirtschaft ausgebaut wird, muss in Bundesbern die mangelhafte Urner Erschliessung aufgezeigt werden.

Ein vernünftiger Fertigbau der Axenstrasse erfordert jetzt die Arbeit auf nationaler Ebene, gemeinsame Interessen verschiedener Kantone müssen im Sinne Uris kanalisiert werden. Beim bestehenden Projekt «Neue Axenstrasse» gilt es mit überregionalem Druck (mit den Kantonen Luzern, Nid- und Obwalden) endlich das Verfahren zu beschleunigen und einen Bundesgerichtsentscheid zu forcieren.

Bei der Strecke Flüelen-Sisikon ist realistisch gesehen nur langfristig eine Lösung umsetzbar. Dies weil hier noch nicht mal ein Projekt besteht. Jetzt muss diese Lösung aber in die Hand genommen werden – wofür ich mich in Bern einsetzen werde.

Warum ich in den Nationalrat will

Ich kandidiere als Nationalrat, weil mir die parlamentarische Politik für Uri und die Schweiz Freude macht. In meinen sieben Jahren als Landrat habe ich wichtige Erfahrungen mit den Möglichkeiten des Parlaments machen können und kenne die parlamentarischen Prozesse bestens.

Ich habe gelernt, mit Geduld und Ausdauer am Thema zu bleiben, ganz nach dem Motto «Steter Tropfen höhlt den Stein». Nicht mit unzähligen Vorstössen, sondern mit einer klaren Position und mit ausdauerndem Einsatz. Das Schweizer Politsystem ist auf Konstanz ausgelegt, indem man mit Zusammenarbeit und klaren Positionen viel erreichen kann – dank Offenheit, Fairness und Sachlichkeit – parteiübergreifend, zum Wohle aller. Dies habe ich gelernt, und so will ich

mich für meinen Kanton einsetzen. Als Nationalrat ist der direkte Kontakt zur Bevölkerung, zur kantonalen wie kommunalen Politik, zu Verbänden und zur Wirtschaft ausschlaggebend. Diesen werde ich intensiv pflegen, ich will ein Nationalrat zum Anfassen

Pascal Blöchlinger Betriebsökonom und Landratspräsident

sein, einer, den alle verstehen.

Pascal Blöchlinger Betriebsökonom Beruflicher Werdegang: Verantwortlicher Prozessoptimierung, Blöchlinger AG, Neuhaus (SG) Prozessverantwortlicher Antrag, Swisscard AECS GmbH ■ Nachdiplomstudium Business Excellence, Hochschule Luzern ■ Miteigentümer und Verwaltungsrat der Geburtsdatum: Blöchlinger AG, Neuhaus SG 6. Juli 1977 Organisationsmanager, Awestra AG, Freienbach Zivilstand: ■ Wirtschaftswissenschaften (BWL) Verheiratet mit Universität Zürich Andrea geb. Manzocchi ■ Gymnasium Kantonale Mittelschule Uri einjähriger Sohn Elija Aurelio Politik: Freizeit: Landratspräsident Familie, Skifahren, Wandern, ■ Kantonalpräsident SVP Uri 2013 – 2019 Führen der Schluuch Bar, Sekretär Ortspartei Altdorf Ausfahren der Oldtimer Präsident Staatspolitische Kommission meiner Vorfahren 2016 - 2018Landrat sei 2012







«Mit Pascal Blöchlinger wählen Sie Leidenschaft und Einsatz»

Am 20. Oktober 2019 finden die eidgenössischen Wahlen statt. Der zurücktretende Nationalrat Beat Arnold nennt fünf Gründe für die Wahl von Pascal Blöchlinger.

Für die Wahl in den Nationalrat stellt sich Landratspräsident und langjähriger Parteipräsident Pascal Blöchlinger zur Verfügung. Als bisherigen Urner Nationalrat möchte ich Ihnen fünf Argumente zu dieser sympathischen Kandidatur aufzeigen:

Erstens Pascal Blöchlinger ist bereits heute als langjähriges Mitglied des Parteivorstandes der SVP Schweiz national sehr gut vernetzt. Mit seiner offenen und sympathischen Art findet er mit seinen Anliegen auch überparteilich Gehör.

Zweitens Den langjährigen Landrat kennen wir als aktiven Parlamentarier, der mit gezielten Vorstössen und Wortmeldungen zur offenen Diskussion beiträgt.

Er liebt die politische Auseinandersetzung und respektiert die Volksentscheide, dafür wird er sich auch im Nationalrat einsetzen.

Drittens Mit dem 42-jährigen Familienvater und Betriebsökonomen wird Uri in Bern wieder mit einem aktiven Mann aus der Wirtschaft vertreten sein. Als Mitinhaber und Verwaltungsrat eines Recycling- und Baustoffunternehmens kennt er insbesondere auch die Herausforderungen der produktiven Branchen im Spannungsfeld von Konkurrenz, Bürokratie und Innovation.

«Durch seine berufliche Tätigkeit ausserhalb Uris ist Pascal Blöchlinger wirtschaftlich unabhängig und so Ansprechperson **Viertens** Durch seine berufliche für die gesamte Urner Tätigkeit ausserhalb Uris ist Pascal Wirtschaft. >> Blöchlinger wirtschaftlich unabhängig und so Ansprechperson für die gesamte Urner Wirtschaft. Ausserdem verdienen die Urner Pendler eine würdige Vertretung ihrer Interessen im Nationalrat. Fünftens Der Kanton Uri ist mit Pascal Blöchlinger in der grössten Bundeshausfraktion vertreten! In keiner anderen Fraktion hören einem Urner Bundesparlamentarier mehr Leute zu! Beat Arnold, zurücktretender Nationalrat Uri



Konsequent – zum Wohle aller!





Pascal Blöchlinger – Politik mit Rückgrat

Pascal Blöchlinger kennt die Herausforderungen der produzierenden und der dienstleistenden Wirtschaft sehr gut. Dieses Wissen befähigt ihn, konkrete und nachvollziehbare Positionen zu beziehen. Im Folgenden erläutert Pascal Blöchlinger, wo er den grössten Handlungsbedarf sieht und wie den Missständen zu begegnen ist.



Für eine starke Urner Wirtschaft

Im Kanton Uri müssen attraktive Rahmenbedingungen für Unternehmen geschaffen werden. Ich wehre mich gegen mehr Bürokratie aus Bern. Sie bedroht unsere persönliche Nähe zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung und führt zu unnötigen Kosten. Das stetige Behördenwachstum muss im Parlament bekämpft werden – tagtäglich.



Für eine echte Reform unserer Sozialwerke

Statt nur mehr Leistungen und mehr Gelder zu verlangen stehe ich für echte langfristige Reformen ein. Mit meiner Unterstützung stärken Sie eine wirtschaftsfreundliche Reform unserer Sozialwerke zum Nutzen unserer Jugend. So mache ich mich stark für eine gesellschaftsverträgliche längerfristige Erhöhung des AHV-Alters in Anbindung an die steigende Lebenserwartung.



Für eine bezahlbare und freie Mobilität

Als Pendler wehre ich mich gegen weitere Belastungen des Individualverkehrs durch neue CO₂- und Treibstoffabgaben. Die Engpässe im Nationalen Strassennetz müssen beseitigt werden, insbesondere setze ich mich beim Axen für eine schnelle Umsetzung der Neuen Axenstrasse und einen langfristig sinnvollen Totalausbau der gesamten Strecke ein. Den Naturgefahren am Axen werden zwei offen geführte Fahrspuren nicht gerecht.



Für einen wirksamen Strafvollzug

Im Strafvollzug muss die Schweiz wieder konsequent vorgehen. Der Schwerpunkt muss zurück zum Schutz der Opfer und der Gesellschaft. Dazu müssen vorhandene Rechtsinstrumente strikt angewendet und umgesetzt werden. Wo Lücken bestehen, wie beim Mobbing oder Stalking, müssen diese parlamentarisch geschlossen werden.



Für sichere und bezahlbare Energie

Technologieverbote sind innovationsschädigend, höhere Abgaben und Gebühren ineffizient und unfair. Energie brauchen alle, deren Verteuerung ist unsozial. Aktivismus aufgrund populistischer Polittrends lehne ich ab. Ich befürworte den Ausbau der heimischen Wasserkraft und setze auf die Innovationskraft unserer Wirtschaft. Staatlich verordnete und subventionierte Technologien führen zu Abhängigkeit vom Staat und Fehlentwicklungen. Oberstes Ziel muss die Versorgungssicherheit zu günstigen Konditionen sein.



Für eine gesunde Landwirtschaft

Für Uri ist die wirtschaftlich nachhaltige Nutzung unseres Alpenraums wichtig, Heimatschutz auf Kosten der Landwirtschaft kommt für mich nicht in Frage. Die Urner Alpwirtschaft und unser Tourismus dürfen auch nicht durch städtische Wildtier-Träumereien bedroht werden. Die Grossraubtiere müssen mit Verstand reguliert werden.

Die Eigenverantwortung der Landwirte muss gestärkt und die administrativen Auflagen müssen abgebaut werden. Nur eine produzierende Landwirtschaft sichert eine vielfältige Kulturlandschaft.

Zudem wehre ich mich gegen eine überbordende Ökologisierung der Landwirtschaft.



Für den Föderalismus

Unsere direkte Demokratie ist die Basis des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfolgs unseres Staates. Mit einer EU-Gleichschaltung schafft man keine Standortvorteile! Ich bin dezidiert gegen eine institutionelle Anbindung an die EU. Sie bedroht unsere föderale und eigenbestimmte Schweiz.



Für kontrollierte Zuwanderung

Ich plädiere für eine massvolle und selbst kontrollierte Zuwanderung. Die Ausländer, die hier wohnen und arbeiten, haben sich an unsere Rechtsordnung, unsere Sitten und Gepflogenheiten zu halten. Integration ist Aufgabe der zu Integrierenden. Zudem muss die Attraktivität der Schweiz für Wirtschaftsmigranten massiv gesenkt werden.





Eine solide Konstellation für Bern

Ich empfehle Pascal Blöchlinger zur Wahl als Nationalrat des Kantons Uri

Die SVP Uri hat sich zum Ziel gesetzt, im Herbst den Nationalratssitz vom zurücktretenden Beat Arnold mit Landratspräsident Pascal Blöchlinger zu verteidigen.

Für Uri ist es wichtig auch in Zukunft in der grössten Bundeshausfraktion vertreten zu sein. Gerade die letzten vier Jahre haben gezeigt, dass die drei Bundespolitiker von den grössten Urner Parteien gut zusammenarbeiten können und für pragmatische und bürgerliche Lösungen im Interesse des Kantons Uri einstehen. Pascal Blöchlinger steht für Uri und unsere Schweizer Werte wie Freiheit, Sicherheit und Wohlstand ein und vertritt diese auch.

Uri als kleiner Gebirgskanton braucht eine starke Vertretung in Bundesbern, um sich für seine Anliegen das nötige Gehör zu verschaffen. Immer mehr werden die politischen Weichen auf Bundesebene gestellt. Denken wir da nur an Themen wie Wasserzinsen, Verkehr, Grossraubtiere oder auch an die Arbeitsplätze, welche direkt oder indirekt von Bern abhängig sind. Leider ist es auch immer mehr eine Tatsache, dass bei vielen wichtigen Entscheidungen der gesunde Menschenverstand verloren geht.

Der Kanton Uri wäre mit Pascal Blöchlinger in der grössten Bundeshausfraktion vertreten. In keiner anderen Fraktion hören einem Urner Bundesparlamentarier mehr Leute zu! Mit der Wahl von Pascal Blöchlinger in den Nationalrat haben wir Garantie, dass wir eine lösungsorientierte und wirtschaftsfreundliche Person nach Bern schicken. Er steht für die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht der Bürgerinnen und Bürger ein. Für einen Staat, der möglichst viele Kompetenzen beim einzelnen Bürger, den Familien und Gemeinden belässt. Der den Menschen Entfaltungsspielraum gibt, statt sie zu bevormunden. Der das Geld bei den Bürgerinnen und Bürgern lässt, die es sich durch Arbeit und Fleiss verdient haben, und es nicht in zentralen Strukturen verlo-

«Herzlichen Dank auch für Ihren Einsatz und die Unterstützung!>>

Ganz unter dem Motto «Mehr Uri in Bern!» würde sich die SVP Uri freuen, mit Pascal Blöchlinger als Nationalrat in den nächsten Jahren für unsere Schweiz und unser Uri in Bern einzu-

Christian Arnold-Fässler Präsident SVP Uri



Christian Arnold aus Seedorf amtierte 2015/16 als Landratspräsident und kandiert im März 2020 als Regierungsrat.

So wählen Sie in Uri richtig!



1. Öffnen Sie Ihr Stimmcouvert, darin finden Sie folgendes Material für die Nationalratswahlen:

- Kleines weisses Couvert mit weissem Nationalratswahlzettel
- Stimmrechtsausweis

2. Weissen Wahlzettel ausfüllen

Füllen Sie den weissen Nationalratswahlzettel mit dem Namen «Blöchlinger Pascal» und dem Wohnort «Altdorf» aus.

3. SVP-Nationalratswahlzettel ins kleine weisse Couvert:

Legen Sie den weissen Nationalratswahlzettel mit dem Namen «Blöchlinger Pascal» ins kleine weisse Couvert.

4. Stimmrechtsausweis unterschreiben:

Unterschreiben Sie den Stimmrechtsausweis.

5. Alles ins grosse Couvert:

Kleines weisses Couvert und Stimmrechtsausweis zusammen ins grosse Couvert legen, so dass die Adresse der Gemeinde im Sichtfenster zu sehen ist. Und dann ab in die Post oder Einwerfen bei Ihrer Gemeinde.

6. Abschicken:

Couvert bis spätestens 17. Oktober per A-Post aufgeben oder bis 18. Oktober auf die Gemeinde bringen oder am 20. Oktober an die Urne gehen.

Achtung!

- Wahlzettel, die nicht handschriftlich ausgefüllt sind, gelten als ungültig!
- Schreiben Sie keine zusätzlichen Bemerkungen auf den Wahlzettel, ansonsten ist Ihre Stimme ungültig!

